

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Uwe Holtz MdB kommentiert die Entwicklung Cubas unter Fidel Castro: Die Länder der Dritten Welt sind keine Figuren auf dem Schachbrett des Ost-West-Konfliktes.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB analysiert die „Beiträge“ der Bundesregierung zu einer frauenorientierten Beschäftigungspolitik: Arbeitslose Frauen - schuld sind sie selbst.

Seite 3

Dieter Schanz MdB weist auf Versuche zur Funktionalisierung Deutscher Botschaften durch die Bundesregierung hin: Buhlen um Auslandsstimmen.

Seite 5

Lothar Löffler MdB erinnert an Friedrich II: Skeptiker und Rationalist

Seite 6

41. Jahrgang / 154

15. August 1986

Keine Figuren auf dem Schachbrett des Ost-West-Konfliktes

Fidel Castro wurde 60 Jahre alt

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

„Verurteilen Sie mich. Es ist von keiner Bedeutung. Die Geschichte wird mich freisprechen.“ Fidel Castro, der mit diesen Worten 1953 vor dem Gericht in Havanna seine Verteidigungsrede schloß, ist am 13. August 60 Jahre alt geworden. In den nunmehr 27 Jahren nach dem Sieg der kubanischen Revolution ist der „maximo líder“ in der Tat oft verurteilt und als Vasall Moskaus geschmäht, ebenso oft aber auch als Vorkämpfer und Führer einer freien Dritten Welt idealisiert worden. Beide Urteile werden den Leistungen und Fehlern dieses unbestreitbar charismatischen Politikers nicht gerecht.

So ist einerseits anzuerkennen, daß die Masse der Kubaner heute unter besseren materiellen Bedingungen lebt als zur Zeit der Diktatur Batistas. Die Leistungen der kubanischen Revolution auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Bildung, die Anstrengungen auf dem Gebiet der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit und Integration sind beachtlich und werden nicht zufällig von anderen Ländern der Dritten Welt als Vorbild angesehen. Andererseits aber dürfen auch die negativen Seiten nicht übersehen werden: Die fast totale Militarisierung der Gesellschaft, die technisch-bürokratische Erstarrung des Regimes, das Fehlen politischer Freiheit und die Unterdrückung der politischen Opposition in Kuba. Ob eine sich abzeichnende Änderung dieser Mißstände von Bestand sein wird, bleibt abzuwarten. Ein wichtiger Indikator kann hier sein, wie sich das Verhältnis zur Kirche weiter entwickelt, nachdem Castro die Komplementarität von Christentum und Sozialismus propagiert.

Selbst von Kritikern Castros und der kubanischen Revolution aber wird - sofern sie sachlich argumentieren - nicht mehr geleugnet, daß Castro nicht als der zähnefletschende Marxist-Leninist begann, als der er von interessierter Seite immer wieder darge-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
auf dem ersten Platz
Republik-Presse



stellt wird. Wenn der Angeklagte Castro 1953 immer wieder Vaterlandsliebe, Staatsbürgerpflicht, Moral, Stolz und Ehrgefühl als seine Motive nennt, dann ist ihm durchaus Glauben zu schenken. „Wir sind Kubaner“, sagte er, „und Kubaner zu sein, beinhaltet eine Verpflichtung.“ In der Tat hat die kubanische Revolution demokratisch, volksnah und national begonnen. Daß Kuba nach der Revolution in einen der Sowjetunion nahen Satelliten-Status geriet, daß Castro - wie er 1960 vor der UNO selbst ironisch formulierte - zu einem „hundertfünfzigprozentigen Kommunisten“ wurde, liegt wesentlich in den geschichtlichen Bedingungen der Zeit begründet.

Im Denken und Handeln des Kalten Krieges, in der Politik vor allem der USA und der Sowjetunion, war kein Platz für eine Revolution, der es zuerst und vor allem um „die Größe und das Glück der eigenen Heimat“ (Castro) ging. Die vom Westen und insbesondere von den USA ausgeübte Politik der Blockade und Isolation, aber auch die Knebelungspolitik der Sowjetunion zwangen das kubanische Handeln in ihr Spannungsfeld und entfremdeten es zum Teil von wichtigen Zielen der Revolution.

Es ist müßig zu diskutieren, ob die Geschichte unter diesen Bedingungen einen anderen Lauf hätte nehmen können. Angesichts der Tatsache aber, daß insbesondere die Reagan-Administration und wichtige Kräfte im bundesdeutschen Regierungslager zusehends in die Denkschablonen des Kalten Krieges zurückfallen, ist eines mit allem Nachdruck hervorzuheben: die Länder der Dritten Welt sind keine Figuren auf dem Schachbrett des Ost-West-Konfliktes. Sie sind ebenso souverän wie die reichen Industrieländer, und diese Souveränität darf nicht beschränkt bleiben auf Flagge, Nationalhymne und Sitz in den Vereinten Nationen. Eine offensive Hegemonialpolitik des Westens wie des Ostens wird die Chancen für eine gemeinsame, für Nord und Süd akzeptable Zukunft lediglich verringern, wenn nicht völlig verbauen.

Wir sollten endlich begreifen, was der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes bereits 1962 in seiner „Rede an die Bürger der USA“ sagte: „Wir sind anders als ihr. Unsere Probleme sind nicht die euren. Wir müssen Entscheidungen treffen und Wege finden, die von dem abweichen, was ihr für allgemein gültig haltet. Seid nicht provinziell. Versucht doch zu verstehen, daß wir einen wirklichen Fortschritt wollen, und nicht die verlogene Ungerechtigkeit von heute. Wir wollen existieren. Wir wollen frei sein von der Sklaverei; und wir wollen euch befreien von einem Los, das schlimmer ist als das des Sklaven: das des Herrn und Meisters.“

Ob die Geschichte Fidel Castro freisprechen wird, können wir nicht entscheiden. Ob sie uns freisprechen wird, wird davon abhängen, ob wir unserer Verantwortung gerecht werden: ob wir - bei allen gegensätzlichen Interessen von Nord und Süd - bereit sein werden, gemeinsam mit den Ländern des Südens einen Weg zu gehen, der auch den Menschen in der Dritten Welt ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ermöglicht. (-/15.8.1986/vo-ha/st)

* * *



Arbeitslose Frauen: schuld sind sie selbst!

Die Regierung zieht Unterstellungen einer aktiven Beschäftigungspolitik vor

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

I. Frauenarbeitslosigkeit: Die Tatsachen

Der heiße Sommer 1986 droht der kälteste für alle die Frauen zu werden, die arbeitslos sind oder werden: Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik waren so viele Frauen arbeitslos gemeldet wie in den letzten drei Monaten. Von Monat zu Monat werden mehr Frauen arbeitslos, ohne daß dies die Bundesregierung in ihrer sommerlichen Schläfrigkeit erschüttern könnte oder sie sogar zum Einschreiten oder Gegenrücken bewegen würde. Statt dessen vergeht keine Gelegenheit, bei der die Bundesregierung sich nicht wieder ihrer besonderen Frauenfreundlichkeit rühmt. Kein Wort indessen über das täglich wachsende Millionenheer arbeitsloser Frauen. Wie sind die Fakten?

Im Juli 1986 waren 1,04 Millionen Frauen arbeitslos gemeldet; wieder 1,2 Prozent mehr als im vergangenen Monat und fast vier Prozent mehr als im Juli des vergangenen Jahres. Nach wie vor sind Frauen immer noch länger arbeitslos als Männer (7,5 gegenüber sechs Monaten), werden immer mehr jüngere Frauen arbeitslos (sie stellen bereits 53 Prozent der 20- bis 25jährigen Arbeitslosen) und erhalten Frauen bei Arbeitslosigkeit weniger Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz als Männer (so erhielten 1985 bereits 42 Prozent der arbeitslosen Frauen keinerlei Leistungen!).

Zu diesen Frauen, die offiziell beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind, kommen noch einmal fast genau so viele hinzu, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben. Es sind diejenigen aus dieser „Stillen Reserve“, die die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz inzwischen aufgegeben haben oder denen keine Leistungen aus der Arbeitsförderung (mehr) gewährt werden.

II. Vorwurf Nr. 1: „Arbeitslose Frauen haben die falschen Berufe gewählt“

Ganz kalt lassen diese erschreckenden Zahlen selbst Arbeitgeber oder arbeitgeberfreundliche Institute, hin und wieder auch Teile der Bundesregierung, nicht. Da werden dann die Patentrezepte und vorschnelle Ursachenerklärungen feilgeboten. Die gängigste lautet: Frauen konzentrierten sich auf zu wenige, aussichtslose Berufsfelder und müßten sich deshalb besser qualifizieren. In diesem Tenor äußerte sich gerade wieder das Institut der Deutschen Wirtschaft, das die - längst bekannte - hohe Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen (48 Prozent der Arbeitslosen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluß) beklagte.

Mit einer solchen simplifizierenden Erklärung kann man den Frauen leicht den Schwarzen Peter für ihre überproportional hohe Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit zuschieben und sich gleichzeitig aus der Verantwortung stellen. Was diese Meinungsmacher allerdings verschweigen, sind zum einen die zur Genüge bekannten sozialisationsbedingten Ursachen einer solchen geschlechtsspezifischen Berufswahl: Warum sollte eine junge Frau Maschinenbau studieren oder KFZ-Mechanikerin werden, wenn man sie von der Technik immer ferngehalten hat? Es sind zum anderen die Präferenzen von Personalleitern, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz eher mit einem Mann als mit einer Frau zu besetzen, auch wenn beide für den Posten gleich gut geeignet sind.



Es sind schließlich - im Zusammenwirken mit diesen Faktoren - immer noch massive gesellschaftliche Vorurteile gegen Frauen in sogenannten Männerberufen. Sie führen zu der absurden und tragischen Situation, daß Frauen selbst dann scheitern, wenn sie einen solchen Beruf erlernt haben: So werden 16 Prozent der jungen Frauen, aber nur vier Prozent der jungen Männer nach Absolvierung einer Lehre in einem gewerblich-technischen Beruf arbeitslos. Wen wundert es da eigentlich noch, daß junge Frauen immer weniger bereit sind, die Belastungen einer solchen Ausbildung in einem Männerberuf/-studium auf sich zu nehmen, wenn die arbeitslose Ingenieurin oder Schlosserin schon nahezu vorprogrammiert ist? Gerade erst wieder hat der DGB deutlich gemacht, daß jede fünfte Ingenieurin ohne Beschäftigung ist. Wie empfinden diese arbeitslosen Frauen eigentlich selbst den permanenten Vorwurf, sie seien nicht „flexibel“ genug in ihrer Berufswahl und deshalb schuld an ihrer Misere? Welche Vorurteile werden hier eigentlich geschürt?

III. Vorwurf Nr. 2: „Arbeitslose Frauen wollen gar nicht arbeiten“

Es ist das seit der Wende wieder verstärkt zu beobachtende gesellschaftliche Vorurteil gegen die von Frauen geleistete Arbeit überhaupt. Sie gilt als weniger wert, wird infolgedessen schlechter bezahlt und abgewertet. Die Konsequenz: dort, wo Frauenarbeit gering geschätzt wird, wird Frauenarbeitslosigkeit verharmlost. „Arbeitslose Frauen haben ja noch die Familie und den Haushalt“ - so bagatellisiert man(n) den Arbeitsplatzverlust einer Frau. Folglich sei es auch überflüssig, wenn sich diese Frauen arbeitslos melden, um eventuell Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu erhalten. Sie hätten ja zu Hause noch einen Arbeitsplatz.

Über solche reaktionären Äußerungen braucht man eigentlich nicht weiter zu diskutieren. Empörend ist es jedoch, daß auch die Bundesregierung solche Vorwürfe und Vorurteile aufgreift, indem sie arbeitslosen Frauen unterstellt, sie melden sich nur „zum Schein“ beim Arbeitsamt arbeitslos, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. An einer Berufstätigkeit seien sie jedoch überhaupt nicht interessiert. Sie würden deshalb die Arbeitslosenstatistik verfälschen; in Wahrheit liege die Frauenarbeitslosigkeit viel niedriger.

Solche Äußerungen bedeuten nicht nur eine ungeheuerliche Diffamierung der arbeitslosen, sondern auch der erwerbstätigen Frauen. Denn sie unterstützen - vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Erwerbsbeteiligung von Frauen - das Vorurteil, Frauenerwerbstätigkeit sei nicht mehr als ein „Zuverdienst“ oder „Luxus“.

Derartige Unterstellungen täuschen auch hervorragend über die gravierenden Probleme, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben, hinweg: Frauen arbeiten in der Mehrzahl immer noch in untergeordneten Tätigkeiten mit höherer Krisenanfälligkeit, weniger Aufstiegschancen und weniger Einfluß- und Entscheidungsbefugnissen; Frauen werden zunehmend nur noch schlecht abgesicherte Teilzeit- oder befristete Arbeitsverhältnisse angeboten. Und nicht zuletzt eignen sie sich vortrefflich als Ersatz für eine aktive, frauenfreundliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Die Frage bleibt, ob Frauenministerin Süßmuth im Interesse der arbeitslosen Frauen ihrem Kollegen Blüm endlich energisch auf die Füße tritt. Nach den bisherigen Erfahrungen wird sie aber wohl wieder die „Samtpfötchen“ wählen.

(-/15.8.1986/st/ks)

* * *



Buhlen um Auslandsstimmen

Deutsche Botschaften und Konsulate als Wahlkampfbüros der Koalition

Von Dieter Schanz MdB

Die deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland werden zunehmend in die Wahlkampfstrategie der Rechtskoalition einbezogen, wie ich auf meiner Reise nach Singapur, Malaysia und Indonesien Anfang Juli dieses Jahres feststellen konnte. Bei zahlreichen Gelegenheiten zu eingehenden Gesprächen mit im Lande lebenden Experten und Vertretern der deutschen Wirtschaft verstärkte sich dieser Eindruck.

Die Problematik ist bekannt: Durch Erteilung des Wahlrechtes zum Deutschen Bundestag für Deutsche, die im Ausland leben, erhofft sich die Kohl-Genscher-Wendekoalition entscheidende Schützenhilfe bei der Bundestagswahl 1987. Tatsächlich handelt es sich um etwa 500.000 Stimmen, die zu meist dem konservativen Lager zugerechnet werden, denn das Gros der Deutschen im Ausland kommt aus der Wirtschaft. Sie könnten unter Umständen für das entscheidende eine Prozent gut sein, das bei knappem Wahlausgang der rechten Regierung das Weitermachen ermöglicht.

Ich konnte mich durch eigene Anschauung davon überzeugen, wie die Kohl-Regierung über die Deutschen Botschaften Informationen verbreitet, die die tatsächliche wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in der Bundesrepublik verfälschen, um auslandsdeutsche Wähler, die nur schwer an andere Informationsquellen herankommen, zu beeinflussen. Natürlich sind nicht alle Auslandsdeutschen konservativ - gerade im Bereich der Entwicklungshilfe, bei nicht-staatlichen Hilfsorganisationen insbesondere, trifft man zahlreiche nachdenkliche junge Menschen, denen die Arbeit für mehr Gerechtigkeit in der Welt am Herzen liegt und die der Kohl-Regierung kaum etwas abgewinnen können.

Trotzdem darf die SPD als Partei die gezielte Strategie der Rechtskoalition nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern muß zumindest versuchen, gegenzusteuern. Denn mit dieser Entwicklung geht der Versuch einher, auch bei der Regierungshilfe für die Dritte Welt Deutsche Botschaften und Konsulate in Agenturen zur Wahrnehmung deutscher Unternehmensinteressen umzuwandeln. Erneut besteht die Gefahr, daß sich die multinationale Organisation des Großkapitals nachteilig für Sozialdemokraten und Gewerkschaftler auswirkt!

(-/15.8.1986/st/ks)

* * *



Skeptiker und Rationalist

Zum 200. Todestag Friedrichs II.

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Unsere Geschichte ist nicht reich an Herrschern, die das Denken und Fühlen aller Deutschen nachhaltig beeinflussten. Karl der Große, Friedrich Barbarossa, Heinrich I. ragen unter anderem aus dem älteren Reich hervor. Die Zersplitterung Deutschlands in viele Fürstentümer, die immer mehr Selbständigkeit erlangten, brachte es mit sich, daß immer seltener Persönlichkeiten auftraten, die alle Deutschen oder wenigstens einen großen Teil von ihnen repräsentieren konnten. Einem Territorialfürsten gelang es allerdings: Friedrich dem Großen, König von Preußen.

Das ist erstaunlich. Denn er hat seine Handlungen nicht abgewogen nach den Notwendigkeiten des Reiches, sondern nach dem Interesse Preußens, wie er es verstand. Diese Haltung veranlaßte ihn, sogar gegen das Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Krieg zu führen wegen einer Provinz.

Friedrich der Große war nicht gütig, eher boshaft; nicht freundlich, eher spitz. Nicht fester Glaube bestimmte sein Denken und Tun, sondern Skepsis und Rationalität. Er war kein Christ, sondern mehr Pantheist. Doch unterschied er sich wohltuend von den meisten Fürsten seiner Zeit. Er war nicht prachtliebend, sondern schlicht; nicht egoistisch, sondern selbstlos; nicht verschwenderisch für sich, sondern sparsam; nicht rücksichtslos, sondern verantwortungsvoll; nicht ungerecht, sondern ausgewogen. „Denn der falsche Ruhm ist der, nach dem man jagt, und selbst der wirkliche ist nichts als eine Unze Rauch“, schrieb er.

Wo gab es damals außer dem unglücklichen Joseph II. einen Fürsten, der ähnliche Gedanken zu Papier gebracht hätte? Nach seiner Auffassung vom Königtum war er der erste Diener seines Staates. Er war selbstverständlich ein Kind seiner Zeit. Der demokratische Staat mit seiner freien und offenen Gesellschaft spielte in seinem Denken keine Rolle. Aber er hat durch Taten und Gedanken eine Einstellung bewiesen, die den Ideen der modernen Zeit verwandt ist - besonders auf dem Gebiet des Rechts. Die Vorstellung von der Gleichheit der Menschen war ihm zum Beispiel nicht fremd. Das alles müssen die Menschen damals gespürt haben. Deshalb verehrten sie ihn, mitunter bis an die Grenze der Verklärung.

Sein Andenken ist in den 200 Jahren nach seinem Tode oft mißbraucht worden. Mit seinem Namen ließen sich Menschen ködern. Er wurde auch für Handlungen in Anspruch genommen, die seinem Denken fern waren. So wurde sein Bild häufig entstellt.

Er war skeptisch gegenüber den Menschen. Deshalb wollte er auch auf der Terrasse von Sanssouci bei seinen Hunden zur letzten Ruhe gebettet werden. Die Gruft ließ er bereits zu seinen Lebzeiten bauen. Aus Staatsräson entschied sein Nachfolger anders. Heute steht sein Sarg auf der Hohenzollernburg. Friedrich war nie dort. Die Burg wurde erst lange nach seinem Tod gebaut. Prinz Louis Ferdinand, der Chef des Hauses Hohenzollern, will die sterblichen Überreste des Königs so lange dort belassen, bis Deutschland in Freiheit und Frieden wiedervereinigt ist. - Doch wann wird das sein?

Friedrich der Große kann nicht posthum aufgerufen werden als Schiedsrichter zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Er gehört nach Sanssouci. Dort ist seine Welt, nicht am Rande der Schwäbischen Alb.

Beide deutsche Staaten, insbesondere die DDR, sollten sich bemühen, ihre Beziehungen so zu gestalten, daß ein Zustand entsteht, der es ermöglichte, Friedrich dem Großen die Ruhestätte zu geben, die er sich gewünscht hätte. Es wäre auch ein Stück historischer Gerechtigkeit, die wir diesem König schulden.

(-/15.8.1986/st/ks)

* * *

